



Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2013/11630**
Datum: 08.04.2013
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	24.04.2013	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum EU-Jahr der Bürgerinnen und Bürger

Derzeit befinden wir uns im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger. Des Weiteren ist bekannt, dass 2011 ein vom damaligen Bundespräsidenten initiiertes BürgerForum 2011 in der Stadt Halle stattfand, an dem sich ca. 400 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle trafen und über neue Formen der Zusammenarbeit und Beteiligung diskutierten. Hinsichtlich der Nachbereitung des Treffens wurde im September 2011 im Hauptausschuss mitgeteilt, dass eine Evaluierung zum Bürgerforum in der Stadt Halle durch das Bundespräsidialamt stattfinden werde. In diesem Zusammenhang sollte auch in Erfahrung gebracht werden, inwieweit die Bürgerbeteiligung in anderen Städten weitergeführt wird. Zusätzlich zur Evaluierung sollte zeitnah für den Hauptausschuss ein entsprechender Vorschlag zur weiteren Bürgerbeteiligung vorgelegt werden; zur Diskussion stand bspw. ein Hearing als ein erster Versuch.

Wir fragen daher:

1. Zu welchen Ergebnissen hat die Evaluation des BürgerForums 2011 geführt?
2. Welche Anregungen und Ideen des Bürgerprogramms wurden aufgegriffen, die den einzelnen Dezernaten zur weiteren Prüfung auf mögliche Umsetzungen übergeben wurden?
3. Welche Aktivitäten und Maßnahmen plant die Stadtverwaltung im EU-Jahr der Bürgerinnen und Bürger diesbezüglich?

gez. Tom Wolter
Fraktionsvorsitzender



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich OB und I

12. April 2013

Sitzung des Stadtrates am 24.04.2013

**Betreff: Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
zum EU-Jahr der Bürgerinnen und Bürger**

Vorlagen-Nummer: V/2013/11630

TOP: 9.20

Antwort der Verwaltung:

1. Zu welchen Ergebnissen hat die Evaluation des BürgerForums 2011 geführt?

Die Ergebnisse/Vorschläge, die in den Arbeitsgruppen Integration, Demokratie und Beteiligung, Demografie, Bildung, Familiäre Lebensformen, Solidarität und Gerechtigkeit erarbeitet worden sind, wurden in dem regionalen „BürgerProgramm Halle“ (Anlage) zusammengefasst.

Das BürgerProgramm Halle wurde allen Geschäftsbereichen und den Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung gestellt.

2. Welche Anregungen und Ideen des Bürgerprogramms wurden aufgegriffen, die den einzelnen Dezernaten zur weiteren Prüfung auf mögliche Umsetzungen übergeben wurden?

Die durch das Bürgerforum 2011 ausgearbeiteten Vorschläge sind sehr allgemein. Das Recht auf einen Mindestlohn, klare staatliche Regulationen des Arbeitsmarktes, Familien in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu stellen, eine Kindergartenpflicht oder der Wunsch nach Finanzierung aller Bildungswege sind Themen, die durch die Kommunalpolitik begleitet aber wenig beeinflusst werden können.

Einige Vorschläge der Teilnehmer des BürgerForums 2011 wurden in der Stadtverwaltung bereits umgesetzt, so etwa der Wunsch nach der Einrichtung ständiger Bürgerforen.

Weitere Beiträge wurden durch die zuständigen Geschäftsbereiche geprüft, können aber keine Umsetzung finden.

So sah zum Beispiel ein Vorschlag vor, durch die Stadtverwaltung so genannten Gemeindearbeiter einzustellen und ihnen eine angemessene Wohnung zur Verfügung zu stellen, um Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen haben, in das gesellschaftliche Leben zu integrieren. Die Prüfung ergab, dass ein personeller Aufwuchs in der Stadtverwaltung nicht möglich ist, das Ansinnen dieses Vorschlages aber durch verschiedene Projekte des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung realisiert wird.

Einige Beiträge waren nach damaliger Prüfung nicht umsetzbar, finden aber mit der Einführung der neuen Verwaltungsstruktur Berücksichtigung. Zum Beispiel sollten im Bereich einer familienfreundlichen Gesellschaft Voraussetzungen geschaffen werden, komplizierte Antragstellungen und lange Wartezeiten zu vermeiden. Mit der Einrichtung des neuen Dienstleistungszentrums Familie wird genau dieses Ansinnen berücksichtigt. Der Wunsch, generationsübergreifende Netzwerke zu schaffen und den Bürgerinitiativen vor Ort mehr Unterstützung anzubieten, kann mit der Einrichtung eines Quartiersmanagement durch das Dienstleistungszentrum Bürgerengagement ebenfalls umgesetzt werden.

Im Ergebnis dieser Auswertungen haben wir alle 400 Teilnehmer des BürgerForums 2011 angeschrieben mit dem Ziel, eine Diskussionsplattform zu schaffen (Vorschlag Ausschuss Demokratie und Beteiligung). Hier sollte zum einen diskutiert werden, was die Teilnehmer vom Stadtrat und der Verwaltung erwarten, da die meisten Vorschläge nicht die Kommunalpolitik tangieren, aber auch anstehende Themen sollten verständlich dargestellt werden. Von den 400 Angeschriebenen haben sich 29 Teilnehmer zurückgemeldet, 22 davon haben eine weitere Bereitschaft zur Mitarbeit signalisiert. Da der finanzielle Aufwand und die Vor- und Nachteile der Schaffung einer solchen Plattform (Varianten: Forum oder Facebook oder XING) in keinem Verhältnis zu den wenigen Nutzern stehen, kam keine Diskussionsplattform zustande. Die 22 Bürgerinnen und Bürger, die sich für eine weitere Diskussion aussprachen, haben wir zu Bürgerforen und zum Neujahrsempfang eingeladen. Zunehmend finden auf www.halle.de Diskussionsmöglichkeiten zu einzelnen Themen statt, zurzeit zum Beispiel zum Haushalt der Stadt Halle und zur Richtlinie zur Förderung ehrenamtlichen Engagements.

3. Welche Aktivitäten und Maßnahmen plant die Stadtverwaltung im EU-Jahr der Bürgerinnen und Bürger diesbezüglich.

Anlässlich des 20. Jahrestages des Bestehens der Unionsbürgerschaft hat das Europäische Parlament das Jahr 2013 zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ erklärt. Die Unionsbürgerschaft wurde am 1. November 1993 mit dem Vertrag von Maastricht eingeführt und steht für die Rechte, die EU-Bürgerinnen und Bürger dank ihres Status automatisch genießen. Mittels verschiedener Initiativen will daher die Europäische Kommission die Bürgerinnen und Bürger besser über ihre Rechte informieren.

Das „Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ wurde daher seitens der Referentin für europäische und internationale Beziehungen zum Anlass genommen, über die Medien „Amtsblatt der Stadt Halle“ und auf den neu eingerichteten „Europaseiten“ unter

www.halle.de regelmäßig über europäische Themen und europäische Aktivitäten zu informieren, um Europa auch kommunal zu kommunizieren. Als bürgernächste Ebene versteht sich die Stadtverwaltung als Mittlerin zwischen Europa und den Unionsbürgern. Ziel ist die bürgernahe Aufbereitung der Zusammenhänge zwischen europäischer und lokaler Ebene sowie die Förderung des europäischen Gedankens vor Ort.

Im Amtsblatt der Stadt Halle sind bislang Berichte zu folgenden Themen erschienen:

Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013	27. Februar 2013
Unionsbürgerrechte	13. März 2013
Lexikon: Die Europäische Bürgerinitiative	27. März 2013
(Europa kommunal kommunizieren	10. April 2013)

Egbert Geier
Bürgermeister